

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 41 (2014)
Heft: 2

Artikel: Abstimmung vom 18. Mai 2014 : Luftkampf um neue Flugzeuge
Autor: Müller, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Luftkampf um neue Flugzeuge

Die Schweiz soll 22 neue Kampfflugzeuge des Typs Gripen erhalten. Das Volk muss dem Rüstungsgeschäft mit unklaren Folgekosten zustimmen.
Von Jürg Müller

Braucht die Schweiz als Ersatz für die in die Jahre gekommene Tiger-Flotte 22 schwedische Kampffjets des Typs Gripen? Dies ist die Frage, welche die Stimmbürger am 18. Mai zu beantworten haben. Der Abstimmungskampf wird von viel politischem Lärm begleitet, die Übungsanlage ist allerdings weitgehend bekannt: Bundesrat, Parlament, bürgerliche Parteien sowie Miliz- und Wehrorganisationen wollen das neue Flugzeug, ein armeekritisches Bündnis von Sozialdemokraten, Grünen und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) bekämpfen den Kauf. Sie haben erfolgreich das Referendum ergriffen. In bescheidenem Umfang hat auch ein «Liberales Komitee Nein zum Gripen» Unterschriften beigesteuert. Es besteht hauptsächlich aus Exponenten der Grünliberalen Partei (GLP).

Heftige Turbulenzen

Die Skepsis gegenüber der Typenwahl war ursprünglich weit verbreitet – nicht nur bei der Linken. Die Evaluation sei nicht sauber abgelaufen, hiess es immer wieder. Die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats liess die Vorwürfe abklären und kam zu einem zwiespältigen Ergebnis: Das Auswahlverfahren sei korrekt über die Bühne gegangen, allerdings habe sich der Bundesrat für den Jet mit dem grössten Risiko entschieden. Dieser konnte die Bedenken in der

Folge so weit zerstreuen, dass sich auch die einstigen bürgerlichen Kritiker hinter Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP) stellten. Nur die Linke lehnte den Kauf des Kampffjets einhellig ab. So stimmten beide Parlamentskammern dem Geschäft zu.

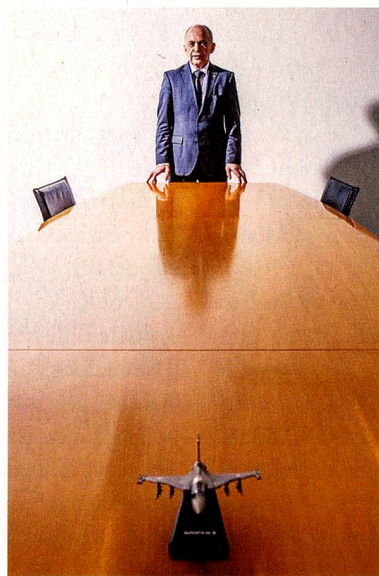
Sind 32 F/A-18 genug?

Nun ist das Volk an der Reihe. Die Gegner stellen die Beschaffung grundsätzlich in Frage. Ein wirksamer Luftschirm ist aus ihrer Sicht auch ohne neue Jets gewährleistet und auch nach der Ausmusterung der 54 Tiger-Flugzeuge sei die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut gerüstet. Die 32 F/A-18 genügen vollauf für den Luftpolizeidienst. Ein veritabler Luftkrieg sei im heutigen sicherheitspolitischen Umfeld kein realistischere Szenario. Ohne neue Flugzeuge sei die Durchhaltefähigkeit der Luftwaffe nicht gewährleistet, heisst es dagegen bei den Befürwortern. Diese sei heute noch wichtiger als früher, weil Angriffe – selbst Terrorangriffe – immer mehr aus der Luft erfolgten. Nie-

mand könne für die nächsten Jahrzehnte Bedrohungen aus der Luft völlig ausschliessen.

Obschon der Gripen der kostengünstigste der geprüften Flugzeug-Typen ist, spielen die Finanzen im Abstimmungskampf eine grosse Rolle. Etwas über drei Milliarden Franken kosten die Gripen-Flugzeuge insgesamt. Unterhalt und Betriebskosten treiben aber laut der Gegnerschaft die Kosten über die gesamte Betriebsdauer gerechnet auf zehn Milliarden Franken hoch. Das VBS spricht jedoch von «nur» sechs Milliarden Franken für Beschaffung und Betrieb über eine Einsatzdauer von 30 Jahren. Das VBS weist auch das Argument der Gegner weit von sich, der Gripen sei ein «Papierflieger» und insofern ein Risiko, weil Dutzende Komponenten des Flugzeugs erst noch entwickelt werden müssten. Der Gripen sei kein von Grund auf neu konzipiertes Flugzeug, schreibt das VBS, es handle sich lediglich um eine Weiterentwicklung und technische Vervollkommnung des bestehenden Typs.

Entscheidend für den Ausgang der Abstimmung dürfte sein, welche Argumente im Zentrum der Debatte stehen: Rücken technische Argumente und die Milliardeninvestition in den Vordergrund, können die Gegner punkten. Gelingt es den Befürwortern, die Abstimmung zur Schicksalsfrage «Armee Ja oder Nein?» zu stilisieren, wird der Gripen wohl dereinst in der Schweiz landen.



Hausärzte sollen gestärkt werden

In der Schweiz zeichnet sich seit längerem ein Mangel an Hausärzten ab. Lange Arbeitszeiten, viel administrativer Aufwand, Notfalldienste mit Nachteinsätzen – und das alles bei relativ tiefem Einkommen – machen die Hausarztmedizin immer unattraktiver. Der Berufsverband der Hausärzte Schweiz lancierte deshalb 2010 die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin», die von rund 200 000 Schweizerinnen und Schwei-

zern unterschrieben wurde. Im Laufe der Beratungen im Parlament kristallisierte sich ein Gegenvorschlag heraus, der nun dem Volk vorgelegt wird und auch die Initianten zufriedenstellt: Bund und Kantone sollen für eine «ausreichende, allen zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität» sorgen und die Hausarztmedizin fördern weil «sie diese als einen wesentlichen Bestandteil dieser Grundversorgung anerkennen».

Die Hausärzte sehen damit die wesentlichen Ziele ihrer Initiative erfüllt. Ihr jahrelanger Kampf um eine Besserstellung im

Gesundheitswesen ist von Erfolg gekrönt, wenn das Volk am 18. Mai der Vorlage zustimmt.

Der Hausärzteverband äusserte sich auch sehr lobend über den zuständigen Bundesrat, Alain Berset. «Die Vertreter des Initiativkomitees haben den Gesundheitsminister als fairen und glaubwürdigen Partner erlebt», heisst es in einer Medienmitteilung. Dies auch deshalb, weil Berset es nicht bei einem Verfassungsartikel bewenden liess, sondern mit den verschiedenen Akteuren parallel dazu einen Masterplan Hausarztmedizin ausgearbeitet hat. (JM)